



DAS MAGAZIN

03 / 2008

« zurück | vor »

Im Namen der Eltern

Aus Das Magazin

von Martin Beglinger

Die Elternlobby Schweiz will die Bastion Volksschule knacken. Die Eltern sollen die Schule für ihre Kinder künftig selber aussuchen. Wäre das wirklich so schlimm, wie die Lehrerschaft befürchtet?

In einem braven Einfamilienhausquartier in der Baselbieter Gemeinde Reinach wird der Umsturz des Schweizer Schulsystems geplant. Im Grunde nichts anderes als die Beerdigung der Volksschule. Zumindest sehen das viele Lehrerinnen und Lehrer so und auch die meisten hiesigen Bildungsexperten. Hört man den Namen Pia Amacher beim Dachverband der Schweizer Lehrerschaft, dann ist es vorbei mit der Contenance. «Unseriös» ist definitiv das Freundlichste, was über die Frau zu hören ist, die in einem unauffälligen Backsteinhaus zwischen 58 blauen Aktenordnern sitzt und freundlich lächelt. Die Lehrerverbände mögen schon lange nicht mehr mit ihr reden, geschweige denn ihre Leserbriefe in der Verbandszeitschrift abdrucken. Dabei, sagt Pia Amacher, «wollen wir doch nur, dass endlich alle Eltern in der Schweiz die Schule für ihre Kinder frei wählen können. Was kann daran so schlimm sein?»

Ihr Alter behält sie lieber für sich, doch die letzten zehn Jahre ihres Lebens ist Pia Amacher so ziemlich jeden Tag und auch manchen Abend für ihr grosses Anliegen durchs Land geweebelt. Sie hat fünfzehn Berufsjahre als Handarbeitslehrerin an der öffentlichen Schule hinter sich, durchaus gute, wie sie erzählt. Ihre Erfahrungen als Mutter dreier Kinder an der Volksschule, die waren hingegen weniger gut. So beschlossen sie und ihr Mann, ein Flugzeugmechaniker, die drei Kinder in die Rudolf-Steiner-Schule zu schicken – und folglich doppelt zu bezahlen: zuerst die Steuergelder für die Volksschule und dann das private Schulgeld.

Genau dies tun jährlich die Eltern von knapp 27 000 Kindern in der Schweiz. Nur verlieren die meisten Mütter und Väter das Interesse, sobald ihre eigenen Kinder die Schule überstanden haben. Für Pia Amacher gehts jetzt erst richtig los. Begonnen hat sie ihren zähen Kampf mit der Forderung, dass der Kanton den Eltern wenigstens einen Teil an die privaten Schulgelder bezahlt. Tatsächlich gewähren einzelne Baselbieter Gemeinden mittlerweile solche Zuschüsse, doch selten höher als 2000 Franken pro Jahr. (Nebst Baselland subventionieren nur



Das rote Tuch für die Lehrerverbände: Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby Schweiz
Bild: Andri Pol

die Kantone Zug, Luzern und Jura private Schulgelder, Bern regelt die Verordnung momentan neu.) Selbst diesen kleinen Subventionen droht immer wieder die Streichung, sobald eine Behörde findet, der Staat brauche nicht die Kinder der Reichen zu subventionieren.

Solcher Gegenwind bringt Pia Amacher allerdings erst recht in Fahrt, und so gründete sie im Herbst 2002 die Elternlobby Schweiz, deren Präsidentin sie seither ist, unermüdlich, aber unbezahlt. Im November 2003 deponierte die Elternlobby 40 000 Unterschriften für eine freie Schulwahl im Bundeshaus. Dann doppelte sie mit einer (von Schweizer Privatschulen bezahlten) Umfrage nach, gemäss der 72 Prozent der Eltern eine freie Schulwahl begrüßen würden – sofern es sie nichts kostet. Doch der Bundespolitik war beides ziemlich egal. Kein einziger nationaler Parlamentarier mochte sich damals hinter das Anliegen der Elternlobby stellen. Das liegt zum einen daran, dass sich national schlecht punkten lässt mit dem Thema Schule, weil dort ohnehin die Kantone regieren und nicht der Bund.

Vor allem aber scheint die 150 Jahre alte Volksschule noch immer unantastbar. Sie gilt weiterhin als Garantin für die Ausbildung aller Schichten, unbesehen von Stand oder Religion oder Wohnort. Und viele sehen in der Volksschule die vielleicht letzte grosse Klammer einer Gesellschaft, die mehr und mehr zerfällt.

Der nächste Anstoss zum Umstoss dieses heiligsten Schweizer Service public kam aus dem Ausland. Vier OECD-Experten, die gerade wegen Pisa in der Schweiz weilten, rieten Pia Amacher zu einer Volksinitiative. Es dauerte schliesslich mehr als ein Jahr, bis die Elternlobbyistin mit ein paar Juristen den Text für eine Verfassungsinitiative ausgetüfelt hatte. Das Resultat besteht aus sieben Zeilen, um die das basellandschaftliche Schulgesetz ergänzt werden soll: «Eltern können zwischen den einzelnen öffentlichen und den nichtstaatlichen Schulen wählen.» (...) «Der Unterricht an nichtstaatlichen Schulen in der Schweiz wird für die Kantonseinwohner durch die Schulträger entsprechend den Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen finanziert, sofern der Zugang ohne ethnische, religiöse und finanzielle Einschränkung gewährleistet ist.»

Inhaltsverzeichnis

- 1 Wie es funktionieren könnte
- 2 Die Zweiklassenschule
- 3 Wenn Klassen kippen
- 4 Erfahrungen im Ausland
- 5 Segen der Konkurrenz

Wie es funktionieren könnte

Ein einfaches System, so sieht es jedenfalls seine Promotorin. Der Kanton zahlt jeder Schule pro Kind jenen durchschnittlichen Betrag, den ein Schüler jährlich kostet (in der Primarschule 11 500, in der Sek I 15 200 und in der Sek II 20 300 Franken). Hat eine Schule viel Zulauf, erhält sie entsprechend mehr Geld und kann expandieren. Handkehrum müsste eine Schule notfalls schliessen, könnte sie gar keine Eltern mehr von sich überzeugen. Es wäre also der freie Markt, der entscheidet, genauer: das Gutdünken der Eltern und ihrer Kinder. Eines allerdings dürfte keine Schule tun: nämlich Kinder ablehnen, weil sie den «falschen» Pass oder den «falschen» Glauben haben, weil ihre Intelligenz oder das Einkommen der Eltern zu tief ist. Folglich wäre verboten, dass ein privates Institut die staatliche Kopppauschale kassiert und obendrein 15 000 Extrafranken verlangt. Eine solche Schule erhielte kein Geld vom Kanton, und dies, so glaubt Pia Amacher, verhindere die Bildung staatlich subventionierter Eliteschulen.

In der Nordwestschweiz, der Heimbasis der ältesten Steiner-Schule der Schweiz in Basel, ist man aufgeschlossener gegenüber Privatschulen. Auch deshalb waren die nötigen 1500 Unterschriften für die Initiative innert weniger Wochen gesammelt. Und Baselland soll nur der Anfang sein. Sieben weitere Kantone sollen folgen, darunter Zürich und Basel, mittelfristig auch Bern. Just in Bern hat man schon 1983 über eine ähnliche, von der grünen Anthroposophin Leni Robert angeschobene Initiative befunden. Doch mit 66 Prozent Nein-Stimmen war sie jedoch chancenlos.

Auf die gleiche Abfuhr hofft nun der Lehrerverband Baselland beim Volksbegehren der Elternlobby. Der Berufsverband gab seinen Tarif schon durch, bevor die Initiative am 6. Dezember 2006 überhaupt eingereicht war: «Staatspolitisch ein gigantischer Unfug!», den man «mit allen Mitteln bekämpfen» wird. Die organisierte Lehrerschaft fürchtet, die Volksschule werde durch die freie Wahl der Eltern ruiniert, finanziell und ebenso organisatorisch. Unter diesem Chaos werde nicht nur die Volksschule leiden, sondern die ganze Gesellschaft, denn um die Integration wäre es in einem derart liberalisierten Bildungsland ebenso geschehen wie um die Chancengleichheit. Sagen die Lehrer und deren Gewerkschaften. Und nicht nur sie. Auch der wortmächtige und einflussreiche Hans-Ulrich Stöckli, freisinniger St. Galler Regierungsrat und langjähriger Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren, warnte bereits vor vier Jahren, als die Elternlobby ihre 40 000 Unterschriften nach Bern überbracht hatte: «Wohin ein solcher Wettbewerb führt, sieht man in den USA: zu einer Zweiklassenbildung. Die Begüterten leisten sich eine teure Privatschule, und dem Staat verbleiben die Problemschüler.»

Nach zehn Jahren Lobbyarbeit kennt Pia Amacher längst jeden Einwand gegen die freie Schulwahl – und bringt selber gleich zehn Gründe zu dessen Entkräftung. Allein gegen den Vorhalt, dass die Volksschule – und nur sie – gleiche Chancen und bessere Integration gewährt, kann sie einen Abend lang anreden. Schön wärs, meint sie jeweils dazu, doch in der Realität erkennt sie genau das Gegenteil: die Volksschule als Zweiklassengesellschaft, hier und heute. «Was wir jetzt haben, ist eine versteckte freie Schulwahl für jene, die es sich leisten können. Wir fordern hingegen die freie Schulwahl für alle Eltern, unbesehen von ihrem

Portemonnaie.»

Die Zweiklassenschule

Dass die staatlichen Schulklassen immer stärker zu Zweiklassenschulen werden, bestreiten nicht einmal ihre grössten Verfechter. Seit der ersten Pisa-Studie im Jahr 2001 sind die gleichen Chancen in der Schweizer Volksschule als schön gepflegter Mythos widerlegt. Nicht dass sozialer Aufstieg einzig über Universitäten führte, doch aus Akademikerkindern werden in der Regel wieder Akademiker und aus Arbeiterkindern Hilfsarbeiter. In Erlenbach an der Zürcher Goldküste macht jeder zweite Jugendliche die Matura, in Zürich-Schwamendingen jeder zwanzigste – aber nicht weil die Erlenbacher zehnmal intelligenter wären, sondern weil sie von ihren Elternhäusern so viel mehr gefördert werden, sei es mit teurer Nachhilfe oder privaten Vorbereitungskursen fürs Gymnasium. «Wie wichtig ist die Familie?», fragt der «Weltwoche»-Journalist Markus Schneider in seinem neuen, sehr lesenswerten Buch «Klassenwechsel»*. Schneiders Antwort: «Ungeheuer wichtig. Die Konsequenzen ziehen sich von der Kindheit bis über die Pensionierung hinaus durch. Wer in ein «gebildetes» Haus geboren wird, hat in jeder Beziehung bessere Perspektiven – vom Schulerfolg über die berufliche Karriere bis zum Heiratsmarkt.» Es gibt viele versteckte Wege zur freien Wahl. Der meistbenutzte ist ein indirekter: über den Wohnort. An teuren Wohnlagen leben vorwiegend Schweizer Mittel- und Oberschichteltern, dementsprechend tief ist in den umliegenden öffentlichen Schulen der Anteil an Kindern mit «Migrationshintergrund», wie es im pädagogischen Diskurs heisst und was der Stammtisch mit «Balkis» übersetzt. Auf dem Land spielt diese Entmischung noch kaum, in Agglomerationen wie Zürich, Bern und Basel aber umso mehr. Ob man links oder rechts der gleichen Strasse wohnt, kann dort darüber entscheiden, in welchen Schulkreis ein Kind gehört und ob somit der Anteil Fremdsprachiger in einer Klasse bei 20 Prozent liegt oder eben bei 50 oder gar 80. Schweizer Familien zum Beispiel im Zürcher Kreis 4 oder im Basler St.-Johann-Quartier mögen einen hohen Ausländeranteil anfänglich hinnehmen, doch mit dem Schuleintritt ihrer Kinder und spätestens vor dem Übertritt in die Oberstufe hört die Toleranz im Namen des bunten Miteinanders oft auf. So manche dieser Eltern ziehen dann in andere Quartiere, und können sie sich keine höhere Miete leisten, so suchen sie wenigstens nach bürokratischen Schleichwegen, um ihr Kind in ein anderes Schulhaus versetzen zu lassen. Als Begründung besonders beliebt sind Proforma-Mittagstische bei Bekannten oder Scheinpflegeeltern in der Nähe der avisierten Schule. Auf dem Land wechselt man mitunter das Dorf wie kürzlich ein gemobbter Primarschüler im bernischen Rüscheegg, dessen Eltern sich nicht anders gegenüber den Behörden durchzusetzen vermochten, als ihren Sohn zum Wochenaufenthalter bei seiner Grossmutter zu erklären. Womit er doch noch ins gewünschte Schulhaus durfte. Auch hier findet also statt, was Pia Amacher unter versteckter freier Wahl versteht: Ein paar Schlaue wissen sich zu wehren, die Mehrheit spurt derweil brav.

Wers vermag, schickt seine Söhne und Töchter an Privatschulen, und das sind längst nicht mehr nur die oberen Zehntausend. In Zürich gibt es Mütter, die putzen gehen, um die 1400 Franken Schulgeld pro Monat aufzubringen, wie Christine Rüttimann von der Gesamtschule Unterstrass in Zürich erzählt, eine Schule übrigens, an die Kinder schon angemeldet werden, bevor sie überhaupt geboren sind. Die Global Class in Zürich lässt ihren Nachwuchs ohnehin zunehmend an zweisprachigen Privatinstitutionen einschulen, allenfalls gar an dreisprachigen wie «Lip», wo bereits Dreijährige Englisch, Chinesisch und Deutsch lernen. Landesweit bleibt zwar die Zahl der privat Geschulten stabil bei 4 bis 5 Prozent, doch dieser Durchschnitt verdeckt Absetzbewegungen von der öffentlichen Schule, wie sie etwa in Arlesheim BL stattfinden, wo mittlerweile jedes fünfte Kind eine private Primarschule besucht. In Kilchberg an der Zürcher Goldküste sind fast 30 Prozent an einer privaten Sek eingeschrieben. Auch «erstaunlich viele doppelverdienende Lehrpersonen schicken ihre Kinder in Privatschulen, weil sie den örtlichen Schulen nicht mehr trauen», schreibt Markus Bäggli, selber Zürcher Volksschullehrer, in seiner Zertifikationsarbeit für die Pädagogische Hochschule Zürich. Bäggli kennt diverse Volksschullehrkräfte, die ihre eigenen Kinder für 20 000 Franken im Jahr an privaten Schulen angemeldet haben. Deren Kinder hatten die Sek A nicht geschafft, und weil ihre Eltern fürchteten, der hohe Ausländeranteil in der Sek B (der früheren Realschule) drücke zu sehr aufs schulische Niveau, blieb ihnen nur der private Ausweg. Wer ihn wählt, behält einen solchen Schritt allerdings lieber für sich. Das erstaunt auch nicht, wenn selbst Hans-Ulrich Stöckling, der (damalige) Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren im «Blick» unzögerlich sagt, was ohnehin viele denken: «Eltern schicken ihre Kinder erst dann auf Privatschulen, wenn die Kinder leistungsmässig in der «normalen» Schule nicht mehr mitkommen.» Auch der Zürcher SP-Bildungsdirektorin Regine Aeppli war es im Mai 2003 reichlich unangenehm, dass zwei Tage nach ihrem öffentlichen Bekenntnis, wie wohl sich ihre eigenen Kinder in der Zürcher Volksschule fühlten, prompt bekannt geworden war, dass eines der Kinder von der öffentlichen an eine private Sekundarklasse gewechselt hatte. («Aus rein privaten Gründen», wie Aeppli versicherte.) Der «Tages-Anzeiger» fragte damals nach: «Würden Sie sagen, dass Ihr Sohn bessere Bildungschancen hat als vergleichbare Zürcher Kinder, weil Sie in der Lage sind, jährlich 24 000 Franken für eine Privatschule zu zahlen?» Worauf Regine Aeppli sagte: «Ich bin mir natürlich bewusst, dass es ein Privileg ist, wenn man seinem Kind eine Schulung in bedürfnisgerechten Strukturen bieten und ihm damit den Start ins Berufsleben erleichtern kann. Das hat aber nichts mit einer Abwertung der Volksschule zu tun.»

Wenn Klassen kippen

Dass es tatsächlich sehr drauf ankommt, welche Volksschulklasse ein Kind besucht, dokumentiert der renommierte Zürcher Bildungsforscher Urs Moser seit Jahren. «Der Lernerfolg hängt wesentlich von der sozialen Zusammensetzung der Klasse ab», und diese variiert nun mal stark nach Wohnort, sagt Moser, der selber im begehrten Zürcher Seefeld wohnt und mit seinen schulpflichtigen Kindern «nie» in einen Kreis 4 zöge, wie er freimütig bekennt. 80 Prozent der Differenzen bei den schulischen Leistungen sieht Moser in der sozialen Herkunft der Schüler begründet, und mit «Herkunft» sind auch hier vorwiegend die Migrantenkinder gemeint, grundsätzlich aber ebenso die Schweizer Unterschichtenkinder. Die sind, auch dies eine erschreckend gut gesicherte Erkenntnis von Urs Moser, oft bereits vor ihrem allerersten Schultag abgehängt. Denn vielen fehlt der Sprachschatz, in der Muttersprache wie im Deutsch, und auch die Sozialkompetenz wird kaum besser, wenn die Kinder ihre Vorschuljahre hauptsächlich allein vor dem Fernseher verbringen. Vergleicht Moser diese Siebenjährigen mit Schweizer Mittelschichtkindern, die womöglich schon Bücher lesen, «sind die Unterschiede derart gross, dass man sie in der Schule nie wird aufholen können. Bestenfalls wird die Kluft nicht grösser, doch mehr kann man nicht erwarten.» Noch in den Neunzigerjahren stiess Urs Moser auf

grosse Skepsis, weil er die schulischen Leistungen möglichst genau zu messen versuchte. Und seine Erkenntnis, dass die Lernqualität in einer Klasse spätestens bei einem Ausländeranteil von 50 Prozent kippt, mochte mancher linke Bildungspolitiker erst recht nicht hören. «Man hielt mir vor, das sei Wind auf die Mühlen der SVP», erinnert sich Moser. Doch seit dem Pisa-Schock von 2001 sieht man so manches nüchterner, und «die Empirie hat die Ideologie weitgehend abgelöst», wie der Bildungsforscher sagt. «Man bestreitet nicht mehr die Tatsachen, sondern fragt sich, wie man die Probleme lösen kann.» Der Antworten sind viele. Städte wie Zürich, Basel und Bern haben in den letzten Jahren Dutzende von Extramillionen in die Schulhäuser ihrer sozial stark belasteten Quartiere investiert. Ohne die Abertausenden individueller Stütz- und Förderstunden stünde es in jenen Klassen womöglich noch prekärer, doch einen zentralen Erfolgsfaktor lässt man damit aussen vor: die soziale Zusammensetzung der Klassen.

Genau darauf zielen die Stadtregierungen in Basel oder Zürich. Mit einer offensiven Immobilienpolitik versuchen sie einsetzenden Gettoisierungen entgegenzuwirken. Der Bau von grossen und attraktiven Wohnungen in den Problemquartieren soll neue Mittelstandseltern dorthin ziehen und deren Kinder in die Quartierschulen. Durchaus mit Erfolg, wie die Behörden versichern.

Viel direkter ins soziale Klassengefüge eingreifen würde das «Bus in». Nach diesem amerikanischen Konzept werden Schülerinnen und Schüler per Bus aus Problemzonen in gut funktionierende Schulen gefahren und umgekehrt, bis sich eine stärkere soziale Durchmischung ergäbe. «Ich bin überzeugt, dass man mit dem «Bus in» die Hälfte der vielen sonderpädagogischen Massnahmen in der Stadt Zürich sparen und erst noch den Volksschulgedanken retten könnte», sagt zum Beispiel Margot Hausammann, eine Sozialpädagogin und Präsidentin eines Elternforums in Zürich-Seebach, die gerade dieser Tage wieder erlebt hat, wie eine Akademikerfamilie aus der Nachbarschaft mit ihren vier Kindern in den Kreis 1 gezogen ist und eine andere ihren Sohn zur Übertrittsvorbereitung ans Gymnasium in eine Privatschule schickt (für 2000 Franken pro Monat). Bloss, wie dem Aufstand jener Zürichberg-Eltern zu begegnen wäre, deren Kinder plötzlich per Dekret in Zürich-Seebach oder im Kreis 4 eingeschult würden, darauf weiss auch Margot Hausammann keine Antwort.

Einen radikal anderen Weg einschlagen will die Zürcher SVP: die Separation. In Inseraten fordert sie dieser Tage «getrennten Unterricht für fremdsprachige Schüler». Neu ist das allerdings nicht. Als Erster hat der Dietiker SVP-Gemeinderat Rochus Burtscher Sonderklassen für Fremdsprachige verlangt – und damit ein Minenfeld sondergleichen betreten. Sofort stand Burtscher als Rassist am Pranger, weil er eine «schulische Apartheid» verlangte. Heute fordert die Zürcher Kantonalpartei wieder das Gleiche: Einschulung in die jeweiligen Regelklassen erst bei ausreichenden Deutschkenntnissen, doch bislang bemerkenswerterweise ohne mediale Sirenen. (Die Kantonalberner SVP-Fraktion hat einen gleichlautenden Vorschlag notabene erst vor Kurzem verworfen.)

Erfahrungen im Ausland

Und die freie Schulwahl? Für Pia Amacher, die Präsidentin der Elternlobby, ist und bleibt sie das beste Rezept für gleiche Chancen und gute Durchmischung. Ihr erstes Argument ist das Bildungsparadies Finnland, wo sie schon zweimal auf Erkundungsreisen war. Die Finnen haben die freie Wahl vor fünfzehn Jahren eingeführt, aber gleichwohl halten dort noch immer 95 Prozent der Eltern den Staatsschulen die Treue. Es gibt seither zwar mehr pädagogischen Wettbewerb unter den Staatsschulen, doch 80 Prozent der Kinder besuchen weiterhin die nächstgelegene Schule. Offensichtlich sind die öffentlichen Schulen sehr gut, was aber auch einfacher machbar ist mit einem Anteil von 5 Prozent Migrantenkinder. Genau deshalb, sagen Bildungsexperten wie Urs Moser, lassen sich die finnischen schlecht mit den Schweizer Volksschulen vergleichen.

Mit Finnland hat gleichzeitig das sozialdemokratische Schweden auf die freie Wahl umgestellt. Dort werden mittlerweile 40 Prozent der Kinder privat geschult, Tendenz steigend. Auch der britische Premier Tony Blair (der seine eigenen Kinder einer katholischen Privatschule anvertraut hat) setzt in England auf Wahlfreiheit. Das tut Holland seit 150 Jahren, aber dort ist in den letzten Jahren exakt passiert, was die Kritiker auch hier prophezeien: die Trennung in «schwarze» und «weisse» Schulen. Stimmt, sagt auch Pia Amacher, doch dies lasse sich über die Einführung von Quoten korrigieren, was jetzt in Holland auch erfolge. Ob dort oder in Skandinavien, die Debatte über die realen Folgen der freien Wahl ist so episch wie unübersichtlich. Etwas mehr Klarheit wird vielleicht die Studie des Zürcher Pädagogikprofessor Jürgen Oelkers bringen, die er im Auftrag des Kantons Bern über die internationalen Erfahrungen mit der freien Schulwahl schreibt. Vor Mai will er sich aber nicht dazu äussern. Pia Amacher mag all die Zweifel bald nicht mehr hören. Für sie hat die Abwehr vor allem mit einem zu tun: Angst. Angst vor Neuem, vor Machtverlust, vor mehr Verantwortung. Für die Elternlobby steht hingegen jetzt schon fest, dass so mancher Krach zwischen Eltern, Kindern, Schule und Behörde vermieden würde, wären Klasse und Konzept nicht fix vom Staat verordnet. Höhere Akzeptanz dank Freiwilligkeit. Die Elternlobby will «Konkurrenz in der Bildung, aber pädagogische, nicht wirtschaftliche», sagt Pia Amacher. Wen was glücklich macht, das will sie niemandem vorschreiben. Für die einen mag das eine stark leistungsorientierte Staatsschule sein, für andere eine anthroposophische und für dritte eine bestens eingerichtete Tagesschule mit Basisstufe. Alles soll möglich sein, ob staatlich oder privat, aber nicht ohne pädagogischen Segen des Kantons. Andernfalls entfiele das Recht auf Steuergelder. Scientology- oder VPM-Schulen gingen in diesem System also leer aus. Wählen könnten fortan nicht nur die Eltern, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer, nämlich ihren Arbeitgeber je nach pädagogischer Präferenz, zumal die Löhne an privaten Schulen nicht mehr so viel tiefer wären als an öffentlichen. Aber selbst damit vermag Pia Amacher die Lehrerverbände nicht zu ködern und ebenso wenig die Lehrerverbände SP. Eine der wenigen Sozialdemokratinnen, die sich in Baselland ohne Wenn und Aber hinter die Elternlobby stellt, ist die frühere SP-Landrätin Heidi Portmann, 67. Politische Pfründe hat sie nicht mehr zu verteidigen, und deshalb scheut sie auch nicht den Satz, der Widerstand in ihren Kreisen habe, nüchtern betrachtet, doch viel mit Besitzstandswahrung der Lehrerschaft und der Bildungsbürokratie zu tun. Und mit Angst vor Konkurrenz. Heidi Portmann hat vor dreissig Jahren einen privaten Vorschulkindergarten in Bern gegründet, inspiriert von einem Modell, auf das sie in Kalifornien gestossen war. Seither ist sie überzeugt vom Segen privater Konkurrenz, und zwar auch in der Bildung.

Auf die relativ grösste politische Zustimmung stösst die selber parteilose Pia Amacher bei der SVP, zumindest innerhalb ihres

Kantons. Doch bereits in Zürich und Bern reagiert man eher skeptisch. Zwar wünscht mancher SVP-Parteigänger der unter Linksverdacht stehenden Lehrerschaft noch so gerne Konkurrenz an den Hals. Doch ebenso vielen graut davor, dass künftig alle möglichen «esoterischen» oder «leistungsfeindlichen» Schulen mit Steuergeldern finanziert werden könnten, womöglich gar Muslischulen wie in Holland und Dänemark.

Auf Bundesebene hat sich bislang einzig die FDP mit dem Thema beschäftigt, doch die liberalen Begründer der Schweizer Volksschule sagen Nein zur freien Wahl. FDP-Bundesrat Pascal Couchepin wagte zwar in der «SonntagsZeitung» im November 2005 die Andeutung: «Eine freiere Schulwahl und Bildungsgutscheine können dann ein Mittel zur sozialen Integration sein, wenn benachteiligte Schüler in eine bessere Umgebung kommen.» Doch im Bildungspapier der FDP ist davon nichts mehr zu finden: «Ein solcher Liberalisierungsschritt könnte zu erheblichen gesellschaftspolitischen Problemen führen (Segregation, Integrationsprobleme und so weiter).»

Segen der Konkurrenz

Viel weiter als seine Partei will hingegen der Zürcher FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger gehen. Als erster Bundesparlamentarier steht er hinter den Zielen der Elternlobby und will («hoffentlich noch in diesem Jahr») eine entsprechende Initiative im Kanton Zürich anschieben. «Die Hälfte der Eltern hat Probleme mit ihren Kindern an der Volksschule. Die staatliche Schule hat ein Qualitätsproblem, und dass es hier keine freie Wahl für alle gibt, ist eine Qual.»

Doch würden bildungsferne Eltern aus Kosovo ebenso engagiert nach den besten Schulen suchen und wählen wie der bildungsbewusste Schweizer Mittelstand? Ja, meint Pia Amacher, sofern man sie mit den entsprechenden Informationen versorge. Gerade in der Möglichkeit der Wahl sieht sie einen Anreiz, Eltern mehr in die schulische Verantwortung einzubinden. «Das passiert sicher nicht, wenn Papa Staat weiterhin alles richtet.» Und selbst wenn die ausländischen Eltern ihre Kinder weiterhin an die nächstgelegene Schule schicken würden, hätten sie einen indirekten Nutzen von der befruchtenden Konkurrenz, meint Pia Amacher und verweist auf Stefan C. Wolter, Professor für Bildungsökonomie an der Uni Bern: «Die empirische Forschung zeigt, dass gerade sozio-ökonomisch weniger privilegierte Eltern von freier Schulwahl am meisten profitieren.» Dass auch manche Schweizer Eltern mit der Einschätzung einer Schule überfordert wären, wie sie immer wieder hört, diesen Einwand mag die Elternlobbyistin erst recht nicht gelten lassen: «Da ruft man uns im demokratischsten Land der Welt viermal pro Jahr für komplizierte Abstimmungen an die Urne, doch ausgerechnet mit der Schulwahl für unsere Kinder sollen wir überfordert sein?»

Die absolut freie Wahl, wie sie die Elternlobby will, wird in der Schweiz noch lange nicht mehrheitsfähig sein. Doch der Druck auf «Papa Staat» und seine Schulen wird deutlich steigen, so oder so, denn die bildungsbewussten Eltern werden wählen, versteckt oder offen. Der verschärfte Wettbewerb um sie und deren Kinder wirkt schon jetzt auf die Volksschule zurück. Gemeinden werben neuerdings mit der Qualität ihrer Schulen und Kindergärten, um kinderreiche Familien in ihre Dörfer zu locken. Was private Schulen als erste und sehr erfolgreich praktizieren, testen nun auch staatliche, zum Beispiel Tagesschulen mit Basisstufe. In den letzten Jahren kamen zwar die sogenannten teilautonomen Schulen in Mode, von denen manche gerne noch weiterginge in der Schärfung ihres pädagogischen Profils. Doch sie stossen rasch an die Grenzen des staatlich tolerierten Auslaufs. Ihr wohl grösstes Handicap wird die Volksschule aber selbst bei allem Bemühen um neue Konzepte und mit Hunderten von Extramillionen nicht los. Sie muss die Folgen der verpassten Integration der Migrantenkinder und der Schweizer Unterschichtenkinder tragen. Es ist das schwarze Loch der ersten fünf, sechs Lebensjahre. Was dort am Aufbau sprachlicher und sozialer Kompetenz verpasst wird, das lastet später unendlich schwer auf der gesamten Volksschule. Aufzufüllen ist dieses Loch nur mit umfassenden Tagesstrukturen, sagt zum Beispiel der Basler Integrationsdelegierte Thomas Kessler. Oder wenigstens mit Deutschkursen für Vierjährige, wie Integrationsminister Christoph Blocher letzten November im «Magazin» vorschlug, er, der seiner Partei an der letzten Zürcher Albisgüetli-Tagung zurief: «Kümmern Sie sich um die Schule!»

Das tut Urs Moser schon lange. Doch auch er lehnt den grossen Systemwechsel zur freien Schulwahl ab. Zu gross dünkt ihn die Gefahr des Auseinanderdriftens zwischen guten und schlechten Schulen. Sein Programm für die Volksschule tönt so: «Was es braucht, ist eine strenge Qualitätskontrolle innerhalb des jetzigen Systems, aber durchaus mit mehr Wettbewerb, mehr Transparenz, mehr Lohn für erfolgreiche Lehrer, mehr Einbezug, aber auch mehr Verpflichtung der Eltern, und ebenso mehr Flexibilität, in Ausnahmefällen die Schule zu wechseln.»

Ein effizientes Qualitätsmanagement, das weiss der Bildungsforscher nur zu gut, «ist sehr teuer». Und mindestens ebenso klar ist ihm, dass sich sämtliche Lehrerverbände sofort in die Schützengräben werfen, wenn sie obige Forderungen lesen. Denn wird die Qualität von aussen überprüft und das Resultat in Jahresberichten transparent gemacht, dann, so Moser, «geht der Lehrerschaft Freiheit und Macht verloren. Das ist zwar menschlich und verständlich, aber nicht mehr adäquat.» Bei der Festlegung qualitativer Mindeststandards machen die Lehrgewerkschaften gerne mit, aber «mehr Lohn für erfolgreiche Lehrer»? Da schrillt die Kampfpparole der «viel zu defensiven Lehrerverbände» schon jetzt in Mosers Ohr: «Ein Neoliberaler!» Trotzdem, er bleibt dabei: «Erfolgskriterien festzulegen ist eine heikle Angelegenheit, die demokratisch und zugleich wissenschaftlich erfolgen sollte. Doch solche Kriterien nicht zu definieren und zu überprüfen, nur weil es schwierig ist, lässt sich ja kaum als Strategie legitimieren. Wenn zum Beispiel ein Lehrer mit dem grossen Teil der Klasse die Basisziele nicht erreicht, obwohl die Kinder die Intelligenz dazu hätten, dann sollte dies doch Konsequenzen haben.» Urs Moser schliesst mit dem Satz: «Das viel zitierte Recht auf Bildung bringt nichts, wenn damit nicht ein Recht auf Qualität verbunden ist.» Ein Satz, den die Präsidentin der Elternlobby gerne in ihr Argumentarium aufnimmt.

Von „http://www.dasmagazin.ch/index.php/Im_Namen_der_Eltern“

Kategorien:

- Erziehung

- Schule

Verwandte Artikel

- Du sollst nicht loben
- Glück auf Halbkugeln
- Im Namen der Eltern
- Kommentar: Geimpft gegen die Realität
- Margarete Mitscherlich, Teil 4
- Nacherziehung auf dem Rosenberg
- «Der gute Schueler ist heute ein Maedchen»
- Chancengleichheit: Die neue Utopie
- Darwin ist Gott genug

[Neu hier? Benutzerkonto anlegen](#)

-
- Leser Schreiben
 - RSS
 - Podcast
 - Redaktion